

**liberal central**  
**mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes**  
**berlin-mitte**  
**ausgabe januar 2010**



**Herausgeber, V.i.S.d.P**  
Dr. Maren Jasper-Winter  
Vorsitzende des FDP-Be-  
zirksverbandes Berlin-Mitte  
Schlegelstr. 24  
10115 Berlin  
[liberalcentral@fdp-mitte.de](mailto:liberalcentral@fdp-mitte.de)

**Distribution**

700 Stück digital (.pdf)  
200 Stück Print

**Chefredakteur**

Nils Augustin  
[augustin@liberal-central.de](mailto:augustin@liberal-central.de)

**Redakteure/Autoren**

Nils Augustin, Claudia  
Bandow, Anno Blissen-  
bach, Ingo Kamps, Kurt M.  
Lehner, Justus Leonhard,  
Markus Lönning, Katja v.  
Maur, Peter Pawlowski,  
Frauke Sander, Henner  
Schmidt

**Autoren dieser Ausgabe**

Debashish Bhaduri, Birgit  
Grundmann

**Leserbriefe**

**FDP in Mitte im Internet**

[fdp-berlin-mitte.de](http://fdp-berlin-mitte.de)  
[fdp-fraktion-mitte.de](http://fdp-fraktion-mitte.de)  
[liberal-central.de](http://liberal-central.de)  
[fdp-gendarmenmarkt.de](http://fdp-gendarmenmarkt.de)  
[fdp-hackescher-markt.de](http://fdp-hackescher-markt.de)  
[fdp-ot.de](http://fdp-ot.de)  
[fdp-tiergarten.de](http://fdp-tiergarten.de)  
[fdp-wedding.de](http://fdp-wedding.de)

**Bankverbindung**

FDP Mitte  
Konto 653 386 104  
Postbank Berlin  
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namens-  
zeichen geben die Meinung  
nur ihres Autors wieder,  
nicht die der Redaktion.

**liberal central**  
**mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes**  
**berlin-mitte**  
**ausgabe januar 2010**

[www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de)

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte,

im Lauf dieses Monats wird die neue schwarz-gelbe Koalition auf Bundesebene ihr 100-tägiges Jubiläum im Amt begehen, und erste seriöse Bilanzen werden gezogen werden. Hier, wie auch in den kommenden vier Jahren, ist es an den Mitgliedern, Gliederungen und Repräsentanten der Partei, Max Webers Kanon der politischen Tugenden – Leidenschaft, Beharrlichkeit und Augenmaß – mit Leben zu erfüllen. Es bedarf täglicher Anstrengung über die kommenden vier Jahre hinweg, unser Versprechen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern einzulösen, dass Deutschland es mit einer liberalen Regierung besser kann.

In unseren Ortsverbänden steht nunmehr die Saison der Jahreshauptversammlungen vor der Tür, in diesem Jahr turnusgemäß ohne Neuwahlen der Vorstände.

Personalpolitisches Geschehen konzentriert sich folglich auf die Neuwahl unseres Landesvorstandes im März, wo wir die liberale Mannschaft für einen Ausdauer-Sport, nämlich den langen Anlauf zur Berlinwahl 2011, zusammenstellen werden. Man darf wohl zuversichtlich sein, dass ein kompetentes und gut funktionierendes Team entstehen wird, und der Anspruch unser BV Mitte ist es traditionell, bestqualifiziertes Personal beizusteuern. Im Übrigen bietet uns die Wahl zum Landesvorstand auch die Gelegenheit, unseren Weg einer Partei für das ganze Volk weiter zu gehen und die bei der ansonsten so erfolgreichen Bundestagswahl zu verzeichnende geringe Vertretung der weiblichen Hälfte der Deutschen bei Parteiwahlen auf Landesebene zu korrigieren.

LC wünscht einen gelungenen Start ins neue Jahr.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

Wer glaubt, dass die Solidarität an  
der Höhe des Solidaritätszuschlages  
gemessen wird, glaubt auch, dass  
Zitronenfalter Zitronen falten.

Cornelia Piper

## Lagebericht der Vorsitzenden

# 2010 beginnt politisch: Steuerreform, KiTa-Pflicht, Schlaglöcher

von Maren Jasper-Winter

Kaum hat das Jahr 2010 kalendarisch begonnen, ist die politische Bühne auch schon wieder eröffnet: Mit neuen Vorschlägen, neuen Gesichtern und ins neue Jahr mitgenommenen Auseinandersetzungen.



„Wir lassen uns nicht beirren“, erklärt die FDP-Fraktionsvorsitzende der Bundestagsfraktion und Landesvorsitzende Baden-Württemberg Birgit Homburger. In ihrer Rede auf dem Dreikönigstreffen der Liberalen am 6. Januar 2010 stellt sie klar: Die FDP bleibt bei ihrer Steuerreform. Auch Parteivorsitzender und Vizekanzler Westerwelle betont in gewohnt pointierter Art, man bleibe bei der Entlastung der Bürgerinnen und Bürger ab 2011 um 24 Mrd. Euro. Wer hier von „Steuer geschenken“ rede, habe ein dekadentes Verständnis. Schließlich hätten sich die Menschen ihr Einkommen erarbeitet, und der Staat stehe in der Pflicht, jede Belastung zu rechtfertigen.

Der neue Shootingstar der FDP, Christian Lindner, hielt am Dreikönigstag seine erste Rede als neuer Generalsekretär und erhielt hierfür Standing Ovationen. Zu Recht, denn mit klaren Worten legte er einen überzeugenden Auftritt hin, der rhetorisch geschliffen und inhaltlich fundiert war. Sein Plädoyer für „soziale Fairness“ in Form des Bürgergelds und seine Überlegungen zu einem „mitfühlenden Liberalismus“ machten klar, dass er einen Schwerpunkt auf soziale Themen legen wird.

Um soziale Fairness geht es auch dem Bezirksbürgermeister von Neukölln, Buschkowsky - auf seine Art. Er schlägt eine KiTa-Pflicht für Problemkiede vor. Wie ich schon in der vorangegangenen Ausgabe des LC kritisierte, können sich Liberale mit einer KiTa-Pflicht schwer anfreunden, da ein derart unerbittlicher Eingriff in das elterliche Recht auf Erziehung kaum zu rechtfertigen ist - schon gar nicht für einzelne Kiede, was einen eklatanten Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz beinhaltet.

Auch jenseits der juristischen Argumente muss das freiwillige Angebot immer vor dem staatlichen Zwang kommen. Zudem gibt es bessere Konzepte, z.B. die von unserer Bildungsexpertin und Abgeordneten Mieke Senftleben entwickelte „Startklasse“, in der spielerisch motorische und sprachliche Fertigkeiten der Kinder geprüft und gezielt weiterentwickelt werden.

Des Weiteren müssen wir uns dafür einsetzen, dass für die Betreuung der Kleinkinder Gutscheine ausgegeben werden - diese Möglichkeit sieht der Koalitionsvertrag neben der (unsäglichen) „Herdprämie“ vor. Vielleicht wäre es auch ein gangbarer Weg, wenn diejenigen Eltern, die den Bildungsgutschein in Geld umtauschen möchten, da sie ihr Kind selbst betreuen, dies nur im Zusammenhang mit einem Beratungsgespräch können. So hätten die Bezirksamter einen gewissen Einblick, unter welchen Umständen welche Kinder zu Hause betreut werden.

Auf Bezirksebene gibt es neben den vielen Schlaglöchern, die uns in Mitte zur Zeit auffallen, weitere Baustellen. Insbesondere muss demnächst endlich ein Haushalt für 2010/2011 durch die BVV beschlossen werden. Im Zuge der weiteren Beratungen, die nach der Ablehnung des Sparhaushaltes durch die BVV im vergangenen November neue Fahrt aufnehmen müssen, wird sich zeigen, welche politische Konstellation die Mehrheit im Bezirksamt und in der BVV haben wird.

Die Zählgemeinschaft zwischen SPD, Linke und FDP scheint aufgrund der Zerrüttungen zwischen SPD und Linke Geschichte zu sein. Die SPD nähert sich offenbar den Grünen an. Unsere BVV-Fraktion und auch der Bezirksausschuss werden gegebenenfalls über eine Fortsetzung der Zählgemeinschaft mit SPD und Grünen nachdenken müssen.

Auch das neue Jahr wird also spannend.

Wir hoffen, dass Sie der liberalen Sache weiterhin gewogen bleiben und uns unterstützen.

---

*Dr. Maren Jasper-Winter (OVOT) ist Vorsitzende des FDP-Bezirksverbandes Mitte*

## Kommentar aus Mitte

# Gesundheit!

von Katja v. Maur

Ein Wunsch, der nicht nur zum Jahreswechsel, wegen der guten Vorsätze oder saisonbedingter Grippeanfälligkeit höchste Priorität genießt. 2010 geht es ums Prinzip Gesundheit: Denn eine qualitativ gute und flächendeckende medizinische Versorgung ist auch in Zukunft für alle Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen. Dabei müssen die Patienten angesichts der vielen im Gesundheitswesen zu berücksichtigenden Interessen der Ärzte, Apotheker, Krankenhäuser, Pharmaunternehmen, Krankenkassen und deren Beschäftigten, stets im Vordergrund stehen.

Niemand bestreitet ernsthaft, dass sich das bestehende Gesundheitssystem zunehmend als krisenanfällig, der veränderten Altersstruktur (demographischer Wandel) wenig gewachsen und finanziell unausgewogen erweist. Ausgabensteigerungen, etwa durch medizinischen sowie medizinisch-technischen Fortschritt, notwendige Innovationskosten, aber auch bisherige Fehlsteuerungen müssen aufgefangen oder korrigiert werden. Gleichzeitig darf nicht außer Acht bleiben, dass der Gesundheitsmarkt ein wesentlicher Wachstums- und Beschäftigungssektor in Deutschland ist, der zur Verbesserung der Versorgungsqualität beiträgt.

Deshalb hat sich die neue Bundesregierung das Ziel der FDP zu Eigen gemacht, das deutsche Gesundheitswesen insgesamt zu reformieren und leistungsgerecht, demographiefest und innovationsfreundlich zu gestalten und dessen Finanzierung neu zu regeln. Als Sofortmaßnahme hat die gesetzliche Krankenversicherung eine einmalige Finanzspritze aus Steuermitteln zur Überbrückung der krisenbedingten Einnahmeausfälle erhalten.

Zur weitgehenden Entkoppelung der Gesundheitskosten von den Lohnzusatzkosten sollen schrittweise vom Einkommen unabhängige Arbeitnehmerbeiträge (Gesundheitsprämien) eingeführt und der Arbeitgeberanteil eingefroren werden. Die Gesundheitsprämie soll kein bundesweit einheitlicher Pauschalbeitrag sein; vielmehr sollen die Kassen die Preise im Rahmen ihrer „Beitragsautonomie“ nach regionalen Un-

terschieden und eigenem Finanzbedarf gestalten können. In Betracht käme auch eine Differenzierung nach gesundheitsbewusstem, präventivem Verhalten oder eine Risikostaffelung nach Gefährdungspotenzialen. Der soziale Ausgleich soll fair und durch Steuermittel finanziert werden, um solidarisch alle Bürger mit allen Einnahmen und nach ihrer Leistungsfähigkeit einzubeziehen. Der Wettbewerb um Leistungen, Preise und Qualität soll gestärkt und die private

Krankenversicherung erhalten bleiben. Die Lenkungswirkung der Praxisgebühr soll überprüft werden. Eine Regierungskommission soll noch Anfang des Jahres die Weichen für eine Finanzierungsreform der Krankenkassen stellen.

Mit Spannung darf erwartet werden, welche konkreten Schritte in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden. Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler lehnt zu Recht die Forderung nach Erhöhung der Zusatzbeiträge ab. Die Möglichkeit, Zusatzbeiträge zu erheben, hatte

die Große Koalition eingeführt. Sie sind auf 1 % des Bruttoeinkommens begrenzt. Beitragserhöhungen wären jedoch der falsche Weg. Es müssen Anreize geschaffen werden, damit die gesetzlichen Krankenkassen kosteneffizienter arbeiten. Besonders wichtig ist dabei eine höhere Transparenz über die Kosten und Leistungen, vor allem für die Patienten.

Zu überlegen ist, mit welchen konkreten Maßnahmen die Eigenverantwortung der Patienten noch gestärkt und weiterentwickelt werden kann. Die positiven Wirkungen durch die Eigenbeteiligung an den Kosten für Arzneimittel, bestimmte Therapien, Zahnersatz oder Sehhilfen könnten beispielgebend sein. So könnte an Stelle der leistungsunabhängigen Praxisgebühr über eine grundsätzliche Eigenbeteiligung von 10 Prozent, auch im Zusammenhang mit Wahlтарifen, nachgedacht werden, die allerdings mit einer Obergrenze für chronisch Kranke kombiniert sein muss und einen Ausgleich für einkommensschwache sowie sozial Bedürftige vorsehen müsste. Die wichtigsten positiven Effekte wären, dass der Patient die Behandlungskosten kennt und zumindest ein gewisser Anreiz für ihn besteht, nicht gleich die teuerste Behandlungsmethode zu wählen.



---

*Katja v. Maur (OV Tiergarten) ist Beisitzerin im Landesvorstand der Berliner FDP*

## Gastkommentar

# Vertrauen zurückgewinnen

von *Birgit Grundmann*

Was hat sich die neue Koalition rechtspolitisch vorgenommen? Unser Handeln wird in erster Linie davon geprägt sein, dass wir weniger neue Regelungen treffen, dafür aber für einen besseren Vollzug bestehender Gesetze sorgen werden. Dadurch wollen wir Vertrauen zurückgewinnen.

■ Respekt des Staates bedarf es ganz besonders im Verhältnis zwischen Rechtsanwalt und Mandant. Die Differenzierung zwischen Anwalt und Strafverteidiger soll beseitigt und ein einheitlicher, absoluter Schutz vor Ermittlungsmaßnahmen soll geschaffen werden.

■ Ein Rechtsstaat kann es sich nicht leisten, auch nur den Anschein einer Einschüchterung von Journalisten zu erwecken. Wir wollen deshalb dafür sorgen, dass sich Journalisten künftig nicht mehr wegen Beihilfe zur Verletzung des Dienstgeheimnisses strafbar machen, wenn sie vertraulich zugespieltes Material veröffentlichen.

■ Anbieter von Telekommunikationsdienstleistungen müssen aufgrund europarechtlicher Vorgaben Verkehrsdaten ihrer Kunden sechs Monate lang speichern. Wir wollen, dass die Bundesbehörden auf die Daten nur noch dann zugreifen, wenn dies zur Abwehr konkreter Gefahren für Leib, Leben und Freiheit unbedingt erforderlich ist, und mein Haus hat das für den Bereich des Generalbundesanwalts schon umgesetzt.

■ Den Fonds für Opfer extremistischer Gewalt werden wir auf Opfer jedweder Form extremistischer Gewalt ausweiten, weil es für das Opfer egal ist, ob ihm von einem rechtsextremen oder einem linksextremen Schläger Gewalt widerfährt, und das verlangt natürlich auch nach einer Aufstockung des Fonds.

■ Wir wollen die geltende Kronzeugenregelung auf ein rechtsstaatlich vertretbares Maß zurückführen: Der Kronzeuge soll nur noch dann auf eine Strafmilderung hoffen können, wenn seine Aussage in einem Zusammenhang mit seiner eigenen Tat steht.

■ Wir müssen dazu beitragen, dass unsere Wirtschaft in Zukunft Krisen besser meistern kann. Wir brauchen ein neues Reorganisationsverfahren für Kreditinstitute, um Bankenpleiten und Enteignungen zu verhindern. Dabei wollen wir insolvenzrechtliche und aufsichtsrechtliche In-

strumentarien miteinander verknüpfen und damit zugleich das Haftungsprinzip stärken. Wir müssen außerdem die außergerichtliche Sanierung verbessern und das Insolvenzplanverfahren vereinfachen. Wir werden auch die Restschuldbefreiung vereinfachen und Unternehmensgründern damit schneller zu einer zweiten Chance verhelfen.



■ Bei allen Anpassungen, die wir im Mietrecht vornehmen werden, gilt, dass das soziale Mietrecht erhalten bleiben wird. Zu den einzelnen Vorhaben, etwa für die Bekämpfung des Mietnomadentums oder die Anpassung der Kündigungsfristen, werden wir alle Optionen gründlich prüfen und mit allen Beteiligten besprechen.

■ Wir müssen einerseits sicherstellen, dass das Internet nicht als rechtsfreier Raum missverstanden wird, aber wir müssen es auch vor Überregulierung und Zensur schützen. Beim Kampf gegen Kinderpornografie setzen wir darauf, rechtswidrige Inhalte zu löschen statt Seiten zu sperren. Im Kampf gegen Urheberrechtverletzungen setzen wir auf Selbstregulierung und auf ein größeres öffentliches Bewusstsein für die Arbeit und die Ansprüche der Kreativen.

■ Im Vormundschaftsrecht wollen wir durch eine Intensivierung des persönlichen Kontakts zwischen Vormund und Mündel und durch eine Begrenzung der Fallzahlen die Rahmenbedingungen in der Amtsvormundschaft so gestalten, dass eine auf die Rechte des Kindes konzentrierte Amtsführung möglich ist.

■ Zur Verbesserung des Lebenspartnerschaftsrechts wollen wir für mehr Ausgewogenheit bei den Rechten und Pflichten sorgen. In wichtigen Bereichen findet noch immer eine eklatante Benachteiligung eingetragener Lebenspartnerschaften gegenüber der Ehe statt, für die es keine sachliche Rechtfertigung gibt.

■ Im Übrigen hat die neue Bundesregierung vereinbart, das Bundesdatenschutzgesetz zu überarbeiten – zuständig ist hier allerdings der Innenminister. Wir wollen, dass die Menschen wieder stärker bestimmen, wer was von ihnen weiß. Ferner ist im Koalitionsvertrag die umfassende Evaluierung sämtlicher bestehender Sicherheitsdateien in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht vorgesehen. Das ist die umfassendste Überprüfung, welche die deutsche Sicherheitsstruktur jemals erfahren hat.

---

*Dr. Birgit Grundmann (BV Reinickendorf),  
Staatssekretärin des Bundesministeriums der  
Justiz*

## Zum Thema

### **Börsenumsatzsteuer**

*von Claudia Bandow*

Die FDP wurde vom Unionsfraktionschef Walter Kauder aufgefordert, Ihren Widerstand gegen eine international abgestimmte Einführung einer Finanztransaktionssteuer aufzugeben. Er spricht davon, dass die Kosten der Krise nicht vollständig von der Allgemeinheit getragen werden könnten. Er plädiert dafür, dass die Banken nicht weitermachen könnten, wie bisher. Sie müssten ihrer Verantwortung für die von ihnen angerichteten Schäden gerecht werden.



Die FDP lehnt eine Finanztransaktionssteuer zu recht ab, denn die Befürchtungen, dass vor allem der „kleine Mann“ massiv belastet werden würde, ist vollkommen richtig. Diese Steuer hat nichts mit den Argumenten zu tun, die die CDU uns hier weis machen will, und man darf den Bürger langsam nicht mehr für immer dümmel halten als er ist.

Wir dürfen nicht außer acht lassen, dass die Einführung dieser Steuer auch sämtliche Institute trifft, die Gelder verwalten, die in Form von Versicherungen eines Tages den Bürgern wieder zufließen werden. Welche Renditen sollten in Zukunft noch erwirtschaftet werden können, wenn auch noch eine neue Börsensteuer, die Gewinne solcher Institute schmälern würde?

Die Börsenumsatzsteuer ist in Deutschland nicht ohne Grund abgeschafft worden. In der Vergangenheit hatte diese Steuer der Aktienkultur und damit der privaten Altersvorsorge geschadet und die Kapitalaufnahme für Unternehmen über die Börse extrem verteuert. Sicherlich der richtige Schritt in der momentanen wirtschaftlichen Krisensituation! Diese Steuer wird mitnichten dazu führen, die Finanzinstitute zu mehr Risikobewusstsein und Verantwortung zu bringen, da solch eine Steuer damit überhaupt nichts zu tun hat.

Schon allein die Tatsache, dass die Linke vehement für die Einführung einer solchen Steuer plädiert, kann uns nur nachdenklich stimmen. Die FDP – Spitze hat also völlig richtig reagiert, in dem Sie bisher diese neue Variante der Bürgerbesteuerung ablehnt. Wir können alle nur hoffen, dass dies auch so bleibt.

---

*Claudia Bandow ist Schatzmeisterin des OV Wedding*

## Zum Thema

### **SOS–Kinderdorf in Moabit**

*von Debashish Bhaduri*

1949 gründete Hermann Gmeiner „Societas Soziales“ (SOS), um Kindern, die im zweiten Weltkrieg ihre Eltern verloren, ein zu Hause zu bieten. Heute gibt es weltweit 440 SOS-Kinderdörfer mit mehr als 50 000 Jugendlichen. Ein SOS-Mehrgenerationenhaus (MGH) besteht seit 2001 in Berlin-Moabit, inzwischen in einen Neubau an der verkehrsberuhigten Waldstraße. Internationale Besucher bestaunen das ruhige Leben im Grünen inmitten der Metropole. Das MGH fügt sich gut in die kulturelle Vielfalt von Moabit ein. Hier leben Menschen aus mehr als 20 Nationen, vielen Religionen. Es gibt soziale Probleme, denn das Durchschnittseinkommen ist niedrig und viele leben von Transferleistungen. Große Herausforderungen sind Allgemein- und Berufsbildung, aber auch die Isolation in einer Großstadt.



SOS hat für das erste Kinderdorf in einer Großstadt Moabit ausgesucht, um belasteten Familien zu helfen, Das Angebot umfasst u.a. zwei Wohnungen mit jeweils sechs Plätzen für Kinder aus Problemfamilien, interkulturelle all Generationenberatung, eine Cafeteria als offenen Familien- und Nachbarschaftstreff mit schmackhaftem Essen, eine Kita für 70 Kinder, eine Schulstation, einen Hort für 90 Kinder, Bildungsveranstaltungen und Hausaufgabenhilfe. Seniorinnen und Senioren schätzen das kostengünstige Essen und die Gemeinschaft. Kinder lernen in der Kita Deutsch, damit sie später keine Schwierigkeiten haben, dem Schulunterricht zu folgen. Es gibt auch Sprachkurse für Mütter, die über das Erlernen der Muttersprache Deutsch lernen.

Mein Traum ist, dass jedes Kind in Berlin mit sieben Jahren Deutsch als Sprache, Kunst und Kultur „ein- und ausatmet“, weil bis dahin die Aufnahmefähigkeit besonders ausgeprägt ist. Auf diese Weise sozialisiert und integriert, gäbe es weniger Probleme und es müsste nicht in die Folgen eines kaum oder nur unvollständig gelungenen Integrationsprozesses investiert werden. Das wäre der Grundstein für eine Bildungsgesellschaft. Meinen Wunschtraum finde ich im MGH ein Stück weit verwirklicht

---

*Debashish Bhaduri (OV Tiergarten) ist Bürgerdeputierter im Bezirk Mitte von Berlin*

Aus dem Abgeordnetenhaus

## Wahlkampf, Umweltwirtschaft, Stadtplanung Mitte

von *Henner Schmidt*

Der Wahlkampf für die AGH-Wahlen 2011 ist bereits im Gange. CDU und Grüne setzen dabei gemeinsam auf das Thema Umweltwirtschaft als Wachstumsbranche. Das passt gut zum Zeitgeist, ist aber trotzdem (oder gerade deswegen?) Unsinn: Die Studien über die Kernbranchen Berlins haben bewiesen, dass Berlin in diesem Feld eine schlechte Ausgangsposition hat. Berlin ist gegenüber anderen Bundesländern Nachzügler ohne große Chancen. Wichtig ist statt dessen, den Ausbau der mühsam herangezogenen Kernbranchen Biotechnologie, Medien, Gesundheitswirtschaft, Kommunikations- und Verkehrstechnik voranzutreiben. Wirtschaftspolitik braucht einen langen Atem und Verlässlichkeit, keine ständigen Kurswechsel. Dass das vom Senat am meisten vorgezeigte Solarunternehmen in Berlin, Solon, nun weitere staatliche Unterstützung fordert, um die Insolvenz zu vermeiden, zeigt, wie falsch der Kurs von CDU und Grünen ist.



Der Bezirk Mitte wird 2010 wieder im Zentrum wichtiger Debatten zur Stadtplanung stehen. Die Diskussion zum Marx-Engels-Forum und Marienviertel, der ehemaligen Altstadt Berlins, wurde von Hans Stimmann angestoßen, der Senat konterte vorerst mit geschichtslosen Entwürfen wie einem großen Wasserbecken. Auch die schon lange in unserem Bezirksverband geführte Diskussion über die Zukunft des Kulturforums, der zweiten Museumsinsel, kommt wieder in Gang. Ich würde mich freuen, wenn der Bezirksverband seine guten Konzepte weiterentwickelt, damit ich sie bei den Fachpolitikern der FDP-Fraktion einbringen kann.

Bitte vergessen Sie nicht, dass gerade im Jahr vor den Wahlen der Grundstein für den Erfolg 2011 gelegt wird. Jetzt können wir die Menschen von unseren Konzepten überzeugen und uns darstellen. Die sechs Wochen heißer Wahlkampf können nur noch einige Unentschlossene erreichen. Die meisten anderen Parteien haben bereits ihre Themen gesetzt. Jetzt müssen wir aufdrehen.

---

*Henner Schmidt MdB (OV Gendarmenmarkt), Stellv. Vorsitzender des BV Mitte*

Aus der Landespartei

## Arbeiten statt Streiten!

von *Markus Löning*

2010 wird die Koalition zeigen müssen, dass sie Wort hält. Insbesondere bei der Entlastung der Bürgerinnen und Bürger. Wir erleben zur Zeit eine geradezu bizarre öffentliche Debatte was Steuersenkungen angeht: es wird praktisch nur über die Einnahmeseite des Haushaltes diskutiert. Außer der FDP stellt niemand die Frage nach einer ernsthaften Senkung der Staatsausgaben. Dabei liegt genau dort der Hase im Pfeffer. Seit Jahren sind die Staatsausgaben schon zu hoch, im Zuge der Finanzkrise wurde noch mal ein besonders kräftiger Schluck aus der Pulle genommen. Die Zinszahlungen für die öffentlichen Schulden sind nicht nur eine Belastung für die kommenden Generationen, sie schränken die Räume zur politischen Gestaltung immer stärker ein.



Auf die Koalition kommen in diesem Zusammenhang zwei große Aufgaben zu.

Erstens die Verabschiedung eines niedrigen, einfachen und gerechten Steuertarifs. Dafür ist die FDP gewählt worden. Daran führt kein Weg vorbei und dabei kann es keine billigen Kompromisse geben. Kommt dieser Steuertarif nicht, würde das nicht nur unsere Wähler (zu Recht) gegen uns aufbringen, es würde auch die Parteifreunde zutiefst enttäuschen, die dafür mit viel Engagement Wahlkampf gemacht haben.

Und zweitens muss die Koalition bei den Beratungen des Haushaltes 2011 ab diesen Sommer zeigen, dass sie zu einer nachhaltigen und substanziellen Kürzung der Staatsausgaben fähig und willens ist. Die Staatsquote muss runter gefahren werden, die Bürger müssen wieder selbst stärker bestimmen, was mit dem Geld passiert, das sie verdient haben.

Steuersenkung und Kürzung der Staatsausgaben sind aus liberaler Sicht prinzipielle Notwendigkeiten, sie sind aber auch notwendig, um mehr Dynamik in die Wirtschaft zu bringen und die Finanzen unseres Gemeinwesens langfristig wieder ins Lot zu bringen.

2010 ist Zeit für Arbeit, nicht für Streit.

---

*Markus Löning (BV Steglitz-Zehlendorf) ist Vorsitzender der Berliner FDP*



## Berichte aus Mitte

### **Der Kampf um das Weinmeisterhaus geht weiter**

*Peter Pawlowski für die BVV-Fraktion*

Wie bereits im Vormonat berichtet, hat der Jugendhilfeausschuss auch mit Stimmen der FDP die Schließung der Jugendeinrichtung in der Weinmeisterstr. beschlossen. Erwartungsgemäß hat diese Entscheidung eine Welle der Protesten seitens der betroffenen Mitarbeiter und Jugendlichen hervorgerufen. Daraufhin hat die Fraktion der linken einen Antrag in die BVV eingebracht, in dem das Bezirksamt ersucht wurde, nach Finanzierungsquellen außerhalb des Jugendhilfe-etats zu suchen. Nach Meinung der FDP-Fraktion stehen Chancen dafür angesichts der angespannten Haushaltslage nicht besonders gut. Die haushaltspolitische Sprecherin der FDP, Frauke Sander hat deshalb eine Alternativfinanzierung durch Dritte, z.B. durch die in der Nähe des Hauses ansässige Firmen (darunter SAP) vorgeschlagen. Wir hoffen, dass durch Sponsoring zumindest ein Teil der Kosten gedeckt werden könnte. Der Vorschlag der FDP wurde übernommen und letzten Endes wurde ein gemeinsamer Antrag der FDP, der Linken und der Grünen beschlossen, in dem bis Mitte des Jahres 2010 eine Finanzierung des Weinmeisterhauses gesichert ist. Danach muss sich das Haus finanziell „selbst tragen“.

**Theodor-Heuss-Schule muss gegen eigenen Willen umziehen** – Der Umzug der THS nach Moabit ist beschlossen. Gegen die Stimmen der FDP und CDU hat die BVV den Plänen der Schulstadträtin Dagmar Hänisch (SPD) der Zusammenlegung der Theodor-Heuss-Schule mit einer anderen Schule zugestimmt. Für die THS bedeutet das zuerst eine deutliche Reduzierung der Schülerzahl und eine Verschlechterung der räumlichen Ausstattung. Damit das das Bezirksamt unter der sozialdemokratischer Führung zum weiteren Mal bewiesen, dass pädagogische Konzepte keine Priorität in dem Schulentwicklungsplan haben, sondern Schulschließungen und Zusammenlegungen in erster Linie nach finanziellen Kriterien beschlossen werden.

Wir sind ansprechbar über das Fraktionsbüro der FDP in der BVV Mitte, Neues Stadthaus, Raum 230, Parochialstr. 1–3, 10179 Berlin, Tel. 9018 24 365, Fax 9018 24 363  
Öffnungszeiten: Montag 12:00 bis 20:00, Dienstag 10:00 bis 16:00, Donnerstag 12:00 bis 18:00  
[www.fdp-fraktion-mitte.de](http://www.fdp-fraktion-mitte.de)

### **Wahlvorbereitung startet schon jetzt**

*Kurt M. Lebner für den Bezirksausschuss*

Der Bezirksausschuss am 16. Dezember widmete sich vor allem den Ergebnissen der Klausurtagung des Bezirksvorstandes. Die Bezirksvorsitzende Dr. Maren Jasper-Winter stellte die Ergebnisse der Tagung den Delegierten vor. Dabei und auch in der anschließenden Aussprache wurde deutlich, dass die FDP sich bereits in der Wahlvorbereitung für die Abgeordnetenhauswahlen im kommenden Jahr sehen muss. Es gelte nun, sich mit größeren Veranstaltungen an die Bürgerinnen und Bürger zu wenden und zentrale Politikthemen mit ihnen zu diskutieren, aber auch, Kontakt zu Bürgerinitiativen zu halten und die artikulierten Anliegen aufzunehmen und umzusetzen. Beim Bürgerverein Hansaviertel oder der Anwohnergemeinschaft Wilhelmstraße beispielsweise gibt es diesbezüglich bereits gute Kontakte. Auch wurde über die Absicht des Landesvorstandes diskutiert, auf dem kommenden Landesparteitag einen Leitantrag zur Verkehrspolitik zu verabschieden. Der Bezirksausschuss Mitte erwartet, dass der Landesvorstand diesen Antrag frühzeitig vorlegt, damit eine Beratung auf Bezirksebene vor dem Landesparteitag möglich ist. Schließlich debattierte der BA Themen aus der BVV, über die Peter Lunkowski engagiert berichtet hatte.

### **Prosit Neujahr!**

*Ingo Kamps vom OV Gendarmenmarkt*

Der Dezember 2009 stand natürlich auch beim Ortsverband Gendarmenmarkt ganz im Zeichen von Weihnachten. Bei köstlicher Gans, Klößen und Rotkohl begingen wir am 15.12. zusammen mit den Liberalen Senioren unsere traditionelle Weihnachtsfeier im Marriott Courtyard im Herzen der Hauptstadt. Insgesamt nutzten wieder mehr als 60 Parteifreunde die Gelegenheit, das politische Jahr 2009 mit einem Glas Wein in weihnachtlichem Ambiente ausklingen zu lassen – darunter auch wieder zahlreiche Gäste anderer Ortsverbände aus Mitte. Nachdem die Zeit der Besinnung nun vorüber ist, geht es im Januar direkt weiter mit unserer Jahreshauptversammlung, die am 12. Januar 2010 im Löwenbräu in der Leipziger Straße stattfinden wird. Hauptpunkte werden u. a. die Neuwahlen der Delegierten für den Bezirksausschuss sowie für den Landesparteitag sein. In diesem Sinne: Ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2010!



## Umwelt und Europa

*Nils Augustin vom OV Hackescher Markt*

Die Mitgliederversammlung des OV Hackescher Markt im Dezember hatte liberale Umweltpolitik in Berlin zum Thema, als Referent war Henner Schmidt MdA gekommen, unser Abgeordneter aus Mitte im Abgeordnetenhaus und dort u.a. umweltpolitischer Sprecher der Fraktion. Mit einem weit gespannten, inhaltsreichen und vergnüglichen Vortrag vermochte Schmidt die insbesondere sehr zahlreich erschienenen Neumitglieder nicht nur trefflich zu unterhalten, sondern auch überzeugend einen auf Sachverstand basierenden liberalen Weg jenseits von Umweltignoranz einerseits und Öko-Fanatismus andererseits darzulegen. Der Referent und die als Gast geladene Vorsitzende des LFA Umwelt, Christa Mientus, vermochten im Anschluss auch die detailliertesten Fragen zur Berliner Umweltpolitik erschöpfend zu beantworten.

Auf unserem wenige Tage später stattfindenden traditionellen Weihnachtsbrunch des Ortsverbandes besuchte uns als Ehrengast Alexandra Thein MdEP, welche seit Juni 2009 als erste Berliner Liberale überhaupt dem Europäischen Parlament angehört. Bei leckerer Verpflegung im „Café Orange“ in der Oranienburger Straße schilderte unsere Frau in Europa den in geselliger Runde Versammelten in einem erfrischenden Vortrag Erlebnisse und Erfahrungen aus ihren ersten sechs Monaten als Berufspolitikerin in Brüssel und Straßburg. Anschließend ließen Mitglieder und Interessenten das für die Liberalen so erfolgreiche Jahr 2009 Revue passieren und knüpften neue Kontakte.

## Nikolaus und Bosseln

*Frauke Sander vom OV Oranienburger Tor*

Ausklingen ließ der Ortsverband Oranienburger Tor das Superwahljahr mit einer Weihnachtsfeier. Rund 30 Gäste lauschten der launigen und pointierten Nikolausrede unseres stellvertretenden Landesvorsitzenden, Lars Lindemann, MdB in der Bar Uschi Obermaier. Nach den Feierlichkeiten wird auch im nächsten Jahr unser Hauptaugenmerk selbstverständlich auf dem Politischen liegen. Bevor der Ernst des Alltags wieder um sich greift, werden wir uns allerdings am 16. Januar (Treffpunkt 14.00 Uhr / Brandenburger Tor) auf eine Grünkohl- und Pinkelwanderung – Bosseln inklusive – durch den Tiergarten begeben. Mit der jährlichen Jahreshauptversammlung am 10. Februar 2010 starten

wir dann ins politische Jahr. Schwerpunkte für die nächsten beiden Treffen sollen dabei die Finanz- und Gesundheitspolitik sein.

## Soziales Engagement

*Debashish Bhaduri vom OV Tiergarten*

Weil der Jahreswechsel regelmäßig von Terminstress und der Sehnsucht nach Ruhe und Harmonie geprägt ist, soll einmal erwähnt werden, um welches soziale Projekt im Kiez es sich zu kümmern lohnt und welche Hürden es gibt. Ich traf bei meiner Recherche zum SOS-Kinderdorf in Moabit leider auch auf Unverständnis und kritische Stimmen. Die Vorsitzende der Senioren-Vertretung Mitte zeigte kein Interesse, da sie Mehrgenerationshäuser (MGH) generell ablehnt. Bei Gesprächen in Kindergärten der Umgebung spürte ich Unbehagen gegenüber dem Projekt. Es würde befürchten, dass kleinere Kindergärten „geschluckt“ werden könnten. Schade auch, dass das Geld nicht für hochqualifizierte Erzieher reicht. Gut, dass Prominente wie Bundespräsident Horst Köhler und seine Ehefrau Eva-Luise das MGH unterstützen. Schön auch, dass ich dort eine 93jährige traf, die mir mit glänzenden Augen von ihrer Zeit in Afrika und das generationenübergreifende Miteinander berichtete, an das sie sich zurückversetzt fühlt. Ein Besuch in dem MGH lohnt sich.

## Bilder von den 'Anderen'

*Bettina v. Seyfried vom OV Wedding*

Unsere diesjährige Weihnachtsfeier unterlegten wir dank der Initiative Rainer Atzbachs mit der Ausstellung Fremde? Bilder von den 'Anderen' in Deutschland und Frankreich seit 1871 die derzeit im Deutschen Historischen Museum zu sehen ist. Der Kurator Jan Werquet führte die interessierte Gruppe im Geschwindeschrift durch die relevanten Etappen der Fremdheit zwischen den politischen Nachbarn noch nicht lange vergangener Tage. Die Hoffnung schwang mit, dass wir es dieses Mal besser machen, das Integrieren und Akzeptieren des Anderen, der Fremden, letztlich die Bewältigung der Herausforderung, nicht immer der ultimative Mittelpunkt aller Ereignisse und Entwicklungen zu sein. In geselliger Runde vertieften wir unter Anleitung des Kurators unsere Fragen, Ansichten und Einstellungen. Das weihnachtliche Ambiente und die bunte Mischung aus Mitgliedern des eigenen und fremder OVs führte alle Teilnehmer harmonisch zusammen. Es wird eine Fortsetzung geben.

## Personalien

(au) **Christian Lindner** MdB (NRW, Foto) ist neuer Generalsekretär der FDP und löst in dem Amte **Dirk Niebel** (Baden-Württemberg) ab, welcher seit Oktober als Bundesminister für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit dient. Christian Lindner, dessen Auftritt auf dem Dreikönigstreffen in Stuttgart allseits große Anerkennung fand, führte sich auch im Berliner ‚tagesspiegel‘ gut ein: „Wir wollen was Gutes aus unserer Verantwortung machen. Wir können bereits belegen, dass die Leute einen konkreten Vorteil davon haben, dass wir den Kurs des Landes mitbestimmen. Wir wollen der Kompass der Koalition sein, wenn es nun darum geht, die von uns angestoßene Gesundheitsreform umzusetzen, den Haushalt zu sanieren und die grundlegende Steuerreform für 2011 auf den Weg zu bringen.“



(au) Bevor das Jahr 2009 zu Ende ging, da bescherten die Weihnachtsfeiern unserer Ortsverbände eine Gelegenheit zu Einkehr und Besinnlichkeit. Den Anfang machte der Ortsverband Oranienburger Tor, der ins gemütliche Uschi Obermaier bat, wo Speis und Trankgutschein die Gäste erwarteten. Verdienste um die Organisation hatten sich neben der Ortsverbandsvorsitzenden **Frauke Sander** Stellvertreter **Christian Platzer** und **Helmut Abrell** erworben, und der

zur traditionellen Nikolausrede des Ortsverbandes gekommene Neu-MdB **Lars Lindemann** (Charlottenburg-Wilmersdorf) erfreute durch eine kreative Ansprache in Gedichtform. Wenige Tage später lud der OV Hackescher Markt ins „Café Orange“, die Ortsvorsitzende **Christine Stüben** konnte zum traditionellen Weihnachtsbrunch als Ehrengast **Alexandra Thein** MdEP (Steglitz-Zehlendorf) begrüßen, welche den Versammelten höchst unterhaltsam aus dem politischen Leben in Brüssel und Straßburg berichtete. Nicht traditionell, sondern immer wieder anders der Weihnachtsevent des OV Wedding, wo die Vorsitzende **Bettina v. Seyfried** diesmal ins Deutschen Historischen Museum bat, wo auf Initiative von **Rainer Atzbach** sein Kollege und Kurator selbst durch die – ausgesprochen sehenswerte – Ausstellung „Bilder von den 'Anderen“ führte, anschließend aß man gemeinsam zu Abend. Den Abschluss bildete der OV Gendarmenmarkt, welcher, nun wieder traditionell, zur Gans ins Marriott lud, wo der Ortsverbandsvorsitzende **Stefan Scholz** – dabei organisatorisch lobenswert unterstützt von Stellvertreter **Ingo Kamps** sowie Schatzmeister **Jörg Kleis** – ein weiteres Mal den Höhepunkt in den Kategorien Gediegenheit und Gästezahl setzen konnte. Mehr als eine Weihnachtsfeier im Bezirksverband besuchten die Bezirksvorsitzende **Maren Jasper** (OT), Schatzmeisterin und Landesvorstandsmitglied **Katja v. Maur** (Tiergarten), Bezirksvorständler **Nils Augustin** (Hackescher Markt), unser BV-Wahlkampfleiter zur Bundestagswahl 2009, **Volker Imhof** (OT), und **Martin Reeckmann** (Tiergarten).



**Der Bezirksvorstand Mitte auf seiner Klausurtagung 2009 (von links): Jan Losemann, Burkhard Grell, Justus Leonhard, Katja v. Maur, Peter Pawlowski, Henner Schmidt, Maren Jasper-Winter, Kurt M. Lehner, Bettina v. Seyfried, Philipp Ehmann, Stefan Scholz, Nils Augustin**

## Leserbriefe

### Justus Leonbard (JuLis Mitte)

Die JuLis Berlin-Mitte können sich schon jetzt auf ein viel versprechendes Jahr 2010 freuen. Auftakt wird der Landeskongress der JuLis Berlin am 16. Januar sein. Auf der Tagesordnung stehen Vorstandswahlen und Antragsberatungen. Auch wir JuLis Mitte werden in der zweiten Februar-Woche unsere Jahreshauptversammlung abhalten und Vorstandswahlen durchführen. Im Anschluss daran werden wir uns verstärkt unserem Themenschwerpunkt Bildung widmen. Darüber hinaus stehen wir bereits in den Startlöchern für zwei große Projekte in diesem Jahr: Zur Unterstützung unseres Partnerverbands Bonn im Landtagswahlkampf in NRW planen wir mit den JuLis Friedrichshain, Kreuzberg und Neukölln die Entsendung eines nimmermüden Supporter-Teams ins Rheinland. Ziel ist es, an den erfolgreichen 50 Stunden-nonstop Wahlkampfmarathon anzuknüpfen und mit den Bonnern in den letzten Stunden vor der Wahl eine buchstäblich pausenlose Reihe von Aktionen durchzuführen. Des Weiteren werden wir im Mai einen Workshop zum Thema „Islamismus und seine Kontexte“ veranstalten. Absicht der Tagung ist, sich einen Überblick über die Hintergründe der gesellschaftlichen Diskussion zum Islamismus zu verschaffen.

## Schlusswort

### Medienabgabe statt GEZ-Gebühr zur Stärkung der Berliner Internetbranche

von Ingo Kamps

Die Pläne der GEZ für die neue Gebührenordnung 2010 sehen eine Ausweitung der Vollzahlungspflichten auf alle Internetnutzer vor – auch wenn sie über kein Fernsehgerät verfügen.

Bei vielen jungen Leuten hat die stationäre und mobile Internetnutzung den Fernseh- und Radiokonsum fast vollständig abgelöst. Öffentlich-rechtliche Inhalte spielen für diese Personen nur selten eine Rolle. Dennoch möchte die GEZ jeden Besitzer eines internetfähigen Mobiltelefons monatlich mit derzeit 17,98 Euro belasten.

Die führt unweigerlich zu einer Verlangsamung der Internetverbreitung und damit verbundenen zu heimischen Innovationshemmnissen. Berlin ist in den beiden Wachstumsbereichen Mobiles Internet und Social Media gut aufgestellt. Die digitale Kreativszene in der Hauptstadt wäre daher besonders belastet, wenn sich die GEZ-Forderung durchsetzen sollte. Die Entwicklung des Internets schreitet rasend schnell voran und findet weltweit statt. Eine Verteuerung der Webnutzung benachteiligt unsere Unternehmen im internationalen Wettbewerb.

Es kann kein Zukunftsmodell sein, dass bei Erscheinen eines neuen Geräts, das theoretisch in der Lage ist, Rundfunkprogramme zu empfangen, der Kreis der Zahlungspflichtigen erweitert wird. Transparenter, unbürokratischer und gerechter wäre eine durch die Finanzämter erhobene, zweckgebundene Medienabgabe für steuerpflichtige Einkommensbezieher in Höhe von etwa 10 Euro. Die Umstellung muss mit neuen, verbindlichen Richtlinien einher gehen, was überhaupt zum öffentlich-rechtlichen Auftrag gehört: Die aktuelle Diskussion um die „Tagesschau“-App für Smartphones zeigt exemplarisch, dass die Mittelverwendung aus Zeiten des dualen Rundfunksystems mit der Geschwindigkeit technischer Neuerungen in keiner Weise Schritt hält. Fairer Wettbewerb für private Anbieter wird nahezu unmöglich gemacht, weil die öffentlich-rechtlichen Sender im Internet eine wettbewerbsneutrale Gebührenverwendung nicht mehr gewährleisten können.

In Zukunft könnte sich auch Brüssel für diesen Umstand interessieren – es wäre also besser, wir bereinigen die Angelegenheit vorher selbst.



## Termine

### Januar 2010

- 12.01 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Jahreshauptversammlung** im Löwenbräu (Leipziger Str. 65)
- 13.01 19.00h LV Berlin: **Neumitgliederseminar** „Arbeit der Abgeordneten, der Partei und Möglichkeiten der Teilhabe“ – im Abgeordnetenhaus (Niederkirchnerstr. 3-5), Raum 107
- 13.01 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Arema (Birkenstr. 30)
- 16.01 10.00h JuLis Berlin: **Landeskongress** – mit Vorstandswahlen und Antragsberatungen – im Rathaus Kreuzberg (Yorckstr. 4-11)
- 16.01 14.00h OV Oranienburger Tor: **Grünkohl- und Pinkelwanderung** durch den Tiergarten – Treffpunkt vor dem Brandenburger Tor/ Pariser Platz
- 18.01 19.30h OV Wedding: **Vorstand, Mitgliederversammlung, Stammtisch** – im Opatija Grill (Müllerstr. Ecke Dubliner Str.)
- 27.01 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** – Info [www.fdp-gendarmenmarkt.de](http://www.fdp-gendarmenmarkt.de)
- 22./23.01 FNF: **Berliner Gespräche** zum Verhältnis von Staat, Religion und Weltanschauungen – Thema: „Die Privilegien der Kirchen und das Grundgesetz“ – 22.01., 20-22 Uhr, 23.01., 09-15 Uhr – URANIA Berlin (An der Urania 17)
- 26.01 18.00h FNF: **Podiumsdiskussion** „Erneuerung Amerikas? Barack Obama und die Grenzen des Wandels“ – mit Malte Lehming, Dr. Christoph von Marschall, Robert von Rimscha – Reinhardtstraßenhöfe (Reinhardtstr. 14)
- 31.01 11.30h OV Tiergarten: **Neujahrsempfang** – Info [www.fdp-tiergarten.de](http://www.fdp-tiergarten.de)

### Februar 2010

- 01.02 20.00h OV Hackescher Markt: **Jahreshauptversammlung** im Simon (Auguststr. 53)
- 02.02 20.00h JuLis Mitte: **Mitglieder- u. Interessententreffen** im Café Ré (Märkisches Ufer 22)
- 05.02 19.30h OV Wedding: **Jahreshauptversammlung** im Centre Francais (Müllerstr.)
- 05.02 20.00h OV Tiergarten: **Jahreshauptversammlung** im Rathaus Tiergarten, Balkonsaal
- 10.02 20.00h OV Oranienburger Tor: **Jahreshauptversammlung** im Cum Laude (Universitätsstr)
- 10.02 20.00h Liberale Frauen Berlin: **Treffen** „femmes libérales" im Simon (Auguststr. 53)
- 23.02 19.30h LV Berlin: **Landesausschuss** – im Neuen Stadthaus (Parochialstr. 1) Otto-Suhr-Saal
- 24.02 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** – Info [www.fdp-gendarmenmarkt.de](http://www.fdp-gendarmenmarkt.de)
- 28.02 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** (das Original) – im Walhalla (Krefelder Str. 6)

**Termine im Bezirk werden laufend aktualisiert unter [www.fdp-mitte.de](http://www.fdp-mitte.de)**

Alle Veranstaltungen und Sitzungen sind, soweit hier genannt, öffentlich.

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite [www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de) eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt.

Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter [www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de).

Den Chefredakteur und alle OV-Redakteure erreichen Sie unter [redaktion@liberal-central.de](mailto:redaktion@liberal-central.de).